Sozialdemokratische Rathausfraktion
der Stadt Neumünster

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

BfB

BfB/ PIRATEN Rathausfraktion
der Stadt Neumünster

SPr/OSu/1.SFR/SFR/10.1 E.24.11.14

An den Stadtpräsidenten
Herrn Friedrich-Wilhelm Strohdiek 0159/2013/An 25.11.14
Großflecken 59
24534 Neumünster

Neumünster, den 24.11.2014

Resolution gegen Fracking

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
bitte setzen Sie folgende Resolution auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 09.12.2014.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Westphal für die SPD Fraktion	Thomas Krampfer für die BÜNDNIS 90/ DIE Grünen Fraktion	Thomas Puls für die BfB/PIRATEN Fraktion

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung lehnt mit Nachdruck das sogenannte Fracking-Verfahren zur Suche von Erdgasvorkommen und der Förderung/Gewinnung von Erdgas und/oder Öl durch dieses Verfahren ab.

Die Ratsversammlung schließt sich der wie folgt lautenden Korbacher Resolution an:

Folgende Forderungen richten wir an Bund, Länder und die Europäische Union:

- Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.

- Ein generelles Import- und Handelsverbot von „gefrackten" fossilen Energieträgern.

- Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.

- Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.

- Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

Begründung:

Zwischenzeitlich haben viele Kommunen in Deutschland die Korbacher Resolution gegen Fracking vom Mai 2013 parteiübergreifend übernommen und bewusst auf eigene Formulierungen verzichtet. Dies möchten wir mit dieser Resolution auch für die Stadt Neumünster tun, um ein Zeichen gegen das die Umwelt schädigende „Fracking" zu setzen. Denn durch das „Erlaubnisfeld Bramstedt 1" sehen wir auch das Grundwasser der Stadt Neumünster gefährdet.

Die Begründung der Korbacher Resolution lautet wie folgt:

Die Förderung von unkonventionellem Kohlenwasserstoffverbindungen mittels Hydraulic Fracturing ('Fracking') und andere wirkungsgleiche Verfahren kann keinen Beitrag dazu leisten, einige der wichtigsten globalen Probleme zu lösen: den beschleunigten Klimawandel, den Raubbau an Ressourcen, den steigenden Energieverbrauch und die ungerechte Verteilung von Wohlstand. Aus diesen Gründen lehnen wir den Irrweg „Fracking" entschieden ab.

Wir sind uns bewusst, dass eine sichere, nachhaltige und gerechte Energieversorgung eine Aufgabe darstellt, die einerseits über Ländergrenzen reicht, andererseits eine Verantwortung einfordert, die sich über Generationen in die Zukunft erstreckt. Bereits heute gibt es eine Vielzahl von Ansätzen, wie nach dem Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung auch kohlenstoffhaltige Energieträger ersetzt werden können. Jedoch mangelt es noch zu oft an dem Willen, sich als Gesellschaft auf den Weg zu machen und die Energiewende konsequent voranzutreiben. Dabei ist es eine existenzielle Notwendigkeit, unseren Kindern und Enkeln eine bewohnbare Erde zu hinterlassen.

Angesichts der ethischen Verpflichtung, unsere Gesellschaft nachhaltig, gerecht und in gemeinschaftlicher Teilhabe weiterzuentwickeln, fordern wir daher den Aufbruch in eine neue Energiezukunft, dessen Wurzeln sich in einem breiten gesellschaftlichen Konsens gründen.

Fracking als Hochrisikotechnologie zur unkonventionellen Förderung von Kohlenwasserstoffverbindungen (Erdgas u. –Öle) ist unmittelbar mit nicht verantwortbaren negativen Eingriffen in den Naturhaushalten verbunden und bringt ein unabsehbares Konfliktpotential in die Gesellschaft. Breite Bevölkerungsschichten in Deutschland lehnen das Verfahren ab. Wir erwarten daher von den Politikern in Bund und Ländern nach dem Beschluss des Atomenergieausstiegs konsequent die Umsetzung des nächsten Schrittes: den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger. Dieses langfristige Ziel wird über Parteigrenzen hinweg beschworen, jedoch nicht umgesetzt. Stattdessen ist die Jagd auf die letzten fossilen Energiereserven eröffnet.

Dabei können selbst die vermuteten unkonventionellen Vorkommen an Öl und Gas keinen signifikanten Beitrag zur Verringerung der Energie-Abhängigkeit Deutschlands oder Europas leisten. Auch die Energiepreise werden auf Dauer nicht gesenkt, denn die

Aufwände zur Förderung sind deutlich höher als bei konventioneller Förderung. Die Erfahrungen aus den USA zeigen, dass die Förderraten schnell sinken und selbst durch ein dichteres Netz an Bohrtürmen sowie mehrfachen Fracks kaum aufrechterhalten werden können. Darüber hinaus konterkariert unkonventionelles Erdgas durch seine schlechte Klimabilanz die bereits beschlossenen, politisch verbindlichen nationalen und europäischen Klimaschutzziele.

Daher ist bei volkswirtschaftlicher Abwägung des Risiko-Nutzen-Verhältnisses die unkonventionelle Gasförderung gesellschaftlich unverantwortlich, selbst wenn sie ohne Einbringung umwelttoxikologischer Substanzen irgendwann möglich wäre. Die Floskel vom sogenannten „clean fracking" ist ganz entschieden zu entkräften, denn es gibt keine saubere Ausbeutung und Nutzung fossiler Energieträger!

Die Ausbeutung dieser Vorkommen dient nur der kurzzeitigen Gewinnmaximierung multinationaler Konzerne ohne einen nachhaltigen gesellschaftlichen Nutzen. Die Risiken und Folgekosten, welche existenziell und irreparabel sind, liegen ausschließlich auf Seiten der Bevölkerung:

- verschmutztes Grund- und Trinkwasser durch Bohr- und Transportunfälle, unkontrollierte Rissausbreitung und mangelhafte Sicherung von Bohrlöchern

- verseuchter Boden durch Leckagen in Rohrleitungssystemen, insbesondere durch Lagerstättenwässer

- belastete Luft in den Abbaugebieten um die Bohr- und Förderplätze durch entweichende Kohlenwasserstoffe und andere Gifte mit großer Schadwirkung für die Menschen und die Atmosphäre

- Gefährdung des Grundwassers durch verpresste Abwässer und Ausgasen verlassener Bohrungen

- Zunahme von Flächenverbrauch und Bodenversiegelung durch Straßennetze und Bohrplätze

- Schadstoffemissionen und Lärm durch LKW-Verkehr und Dieselaggregate auf den Bohrplätzen

- Umwandlung ländlicher Regionen, die bisher durch landwirtschaftliche Nutzung und Tourismus geprägt sind, zu Industrielandschaften mit rigorosem Wandel und Niedergang vorhandener wirtschaftlicher und kultureller Strukturen

- leichte bis mittlere Erbeben ausgelöst durch Fracking und Verpressung von Abwässern

- Ewigkeitsschäden durch Bodensenkungen.

Die trügerische Hoffnung auf bisher unerschlossene fossile Energieträger darf nicht weiter das Nachdenken über eine nachhaltige, risikoarme und gerechte Energieversorgung ersetzen.